

Organisiertes Denunziantentum

Die Berufsverbotspraxis in Westdeutschland und Westberlin sowie nach der »Wende« in Ostdeutschland. Ein Gespräch mit Irmgard Cipa, Lore Narayek und Arnold Schölzel



Irmgard Cipa ist Mitglied des Bundesarbeitsausschusses 50 Jahre »Radikalenerlass«.



Lore Narayek ist Mitglied der »AG Berufsverbote« bei der GEW Berlin.



Arnold Schölzel ist Vorsitzender des Rotfuchs-Fördervereins und ehemaliger Chefredakteur der Tageszeitung junge Welt.

Weitere Informationen: gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-berufsverbote-und-berufsverbote.de

XVII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz erscheint als Beilage der Tageszeitung junge Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion: Ronald Weber (V.i.S.d.P.)
Anzeigen: Tobias Khusrawi
Bildredaktion: Nikolas Sisis
Gestaltung: Michael Sommer

Am Mittwoch, 9.2.2022, erscheint das jW-Spezial

Sebastian Carlens: Die Berufsverbote in der Bundesrepublik werden 50 Jahre alt. Sie haben zu mehr als 95 Prozent Linke betroffen. Unterdrückt wurden nicht nur linke Lehrer, sondern auch Angestellte der damaligen Staatskonzerne Post und Bahn. Nach 1990 ist das Instrumentarium des Berufsverbots auch auf den annektierten Osten, auf die ehemalige DDR, ausgeweitet worden. Ich freue mich, Irmgard Cipa, Lore Narayek und Arnold Schölzel ganz herzlich begrüßen zu dürfen. Die Berufsverbote wurden formal nie zurückgenommen. Hat denn die große Solidarität mit den Betroffenen etwas bewirkt?

Irmgard Cipa: Ich als eine Betroffene der Berufsverbote bin 1981 eingestellt worden dank scharfer Proteste aus dem In- und Ausland. Aber aufgehoben wurden sie nie. Dieses Mittel der Einschüchterung hat man behalten. Und es wirkt bis heute. Ich erlebe immer wieder bei Unterschriftensammlungen, dass jemand sagt: »Ich möchte einmal Lehrerin werden, ich unterschreibe lieber nicht.« Bis heute werden die Betroffenen vom Verfassungsschutz bespitzelt; auch wenn sie seit zehn Jahren in Rente sind, werden weiterhin Dossiers angelegt. Das dient der Einschüchterung. Man kann dieses Instrument jeden Tag wieder zur Anwendung bringen.

Carlens: Da liegt also ein Knüppel in der Schublade, der jederzeit herausgeholt werden kann, wenn es opportun erscheint. Die nationale wie internationale Solidarität hatte politische Folgen, die gar nicht im Sinne der Bundesrepublik waren. Daher die Frage: Ist der Staat gescheitert in der Absicht, etliche tausend derartig zu disziplinieren, oder hatte er Erfolg?

Cipa: Nein, uneingeschränkt erfolgreich war er nicht. Es gibt ja die *junge Welt* und *Unsere Zeit*, es gibt die Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote, es gibt Die Linke und andere linke Organisationen. Und auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten lässt sich nicht dadurch einschüchtern, dass sie vom Verfassungsschutz bespitzelt wird. Wirklich besorgniserregend ist ein Gesetzwurf des Landes Brandenburg, der in der Tradition der Berufsverbotspraxis zu stehen scheint.

Carlens: Auch in Westberlin, der Frontstadt im Kalten Krieg, gab es Berufsverbote und zugleich organisiertes Denunziantentum: Gruppen, die ihre Aufgabe darin gesehen haben, linke Lehrer und Studenten zu melden. Zum Beispiel die Notgemeinschaft für eine freie Universität, kurz NoFU, die gegen die Freie Universität »unter Hammer und Sichel« agitiert hat. Wie hat sich dieses Denunziantentum auf das Klima an den Universitäten ausgewirkt?

Lore Narayek: Die NoFU war eine Organisation überwiegend von Professoren, die Kandidatinnen und Kandidaten für akademische Gremien durchleuchtete und entsprechende Listen an den öffentlichen Dienst, aber auch an Betriebe schickte, mit dem Hinweis, die aufgeführten Personen nicht einzustellen. Ein Beispiel: Ein Student der Physik macht sein Examen an der TU mit Auszeichnung, bewirbt sich bei Schering, heute



Protest gegen den Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst – Opfer des Radikalenerlasses bei einer Demonstration in Düsseldorf (6.12.1978)

Bayer und kriegt die Stelle. Eine Woche später wird er fristlos entlassen mit Hinweis auf die NoFU-Liste. Er war bei weitem nicht der einzige, und es ging, wie das Beispiel zeigt, nicht nur um den öffentlichen Dienst, sondern auch um Privatbetriebe, und es beschränkte sich auch nicht auf Westberlin, denn diese Listen wurden auch in die Bundesrepublik geschickt. An den Schulen wiederum gab es eine anonym arbeitende Organisation, die sich »Kotz-Rotz« nannte und Flugblätter fabrizierte mit der Aufforderung an die Schüler, ihre Lehrer zu denunzieren. Dagegen formierte sich sogleich eine Gegenbewegung. Es gab auch Forderungen, das Grips-Theater nicht zu besuchen, weil es als extremistisch verschrien war. Die CDU in Tempelhof ließ Lautsprecherwagen vor Schulen auffahren, mit denen Kolleginnen und Kollegen denunziert wurden. Der Antikommunismus war in der Frontstadt extrem.

Carlens: Ist der deutsche Verfassungsschutz, der nun wieder zum Instrument der Berufsverbote auf breiter Flur greifen könnte, ernsthaft der Richtige, um gegen rechts vorzugehen?

Narayek: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat seit 2000 sein Personal annähernd verdoppelt, und zwar von 2.100 auf 4.100 Mitarbeiter. Der Verfassungsschutz ist eine vollkommen illegale, nicht kontrollierte Organisation. Eben kam die Rede auf das bevorstehende Brandenburger Gesetz. Darin heißt es: »Der Bewerber muss also eine Regelanfrage erdulden beim Verfassungsschutz.« Dagegen kann er sich nicht wehren, wenn er eingestellt werden will, was man ihm vorwirft, wird ihm nicht gesagt. »Bestehen an der Einstellung begründete Zweifel, so rechtfertigen diese in der Regel eine Ablehnung. Zweifel in

diesem Sinne liegen bereits dann vor, wenn die Einstellungsbehörde aufgrund der ihr zur Verfügung stehen Erkenntnismittel, sprich Verfassungsschutz, nicht überzeugt ist, dass die Bewerberin beziehungsweise der Bewerber ihrer beziehungsweise seiner Persönlichkeit nach die Gewähr bietet. Der Nachweis einer verfassungsfeindlichen Betätigung ist nicht erforderlich. Bei der Prüfung dieser Gewähr handelt es sich um eine einzelne fallbezogene Prognose, bei der der einstellenden Behörde der Beurteilungsspielraum zusteht.« Das heißt, die jeweilige Behörde kann jemanden ohne Begründung ablehnen. Brandenburgs Innenminister hat in seiner Neujahrsansprache gesagt, er freue sich, dass er noch in diesem Halbjahr das Gesetz durchbringen werde. Der Protest dagegen ist leider noch sehr gering.

Carlens: Man kann nur hoffen, dass sich das ändert. Wir haben bisher nur über Westdeutschland und Westberlin gesprochen. Doch nach der Annexion der DDR ist das Instrument der Berufsverbote ab 1990 auch in Ostdeutschland massenhaft angewendet worden.

Arnold Schölzel: Um 1990 ging in Bonn und in den Aufsichtsräten und Vorständen der BRD-Konzerne ein Gespenst um; das war der selbstbewusste DDR-Bürger, der den Sozialismus erlebt hatte. Die DDR-Bevölkerung galt als kontaminiert. Was dann passierte, war sehr vielfältig. Im Wissenschaftsbetrieb lässt sich das am plastischsten schildern. Die Bundesregierung hat Ende 1992 auf eine Anfrage im Bundestag mitgeteilt, dass von den etwa 200.000 Beschäftigten an den Hoch- und Fachschulen der DDR nur noch 12,1 Prozent in einem Vollzeitverhältnis standen. Alle anderen waren verdrängt worden – re-

gelrecht rausgeschmissen. Am wildesten benahmen sich die westdeutschen Theologen bei der Abwicklung. Es gab an jeder Universität der DDR, außer den Technischen, eine staatlich finanzierte theologische Fakultät. Die hatte man ganz besonders auf dem Kieker. Die Vertreter der Abteilung Marxismus-Leninismus natürlich auch. Dasselbe passierte mit anderen Intellektuellen, zum Beispiel den Künstlern. Die Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde hat 1993 ein Weißbuch über die Abwicklung auf all diesen Gebieten in Wissenschaft, Kunst und Kultur herausgegeben. Dem ist zu entnehmen, dass sich von rund 30.000 Künstlern zwei Jahre nach der Wende nur noch acht Prozent von ihrer Tätigkeit ernähren konnten, die anderen mussten irgend etwas anderes machen. Im Rundfunk und Fernsehen der neuen Bundesländer regierte Rudolf Mühlenzl, eine CSU-Kreatur, die nichts übrigließ und die, nachdem das alles erledigt worden war und die Leute herausgeworfen worden waren, ein paar Krokodilstränen darüber vergoss, wieviel an Potential vernichtet worden sei. Das hörte man dann später öfter. Das Hauptinstrument war Entsolidarisierung, ein sehr abstraktes Wort für einen Vorgang, der auch die Forderung einschloss, Kollegen zu denunzieren. Das ist der allgemeine Hintergrund. Viereinhalb Millionen Menschen wanderten aus dem Gebiet der DDR aus. Da ging es um die Zerstörung von gesellschaftlichen Netzwerken, von gesellschaftlichem Zusammenhang. Die Künstler und Wissenschaftler standen dabei im Mittelpunkt. Die Dialektik der Geschichte besteht allerdings darin, dass wir inzwischen ein gestiegenes Interesse an Kunst und Literatur der DDR beobachten können.

75
junge Welt



junge Welt drei Wochen gratis testen!

Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden!

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo oder gleich anrufen unter 0 30/53 63 55-80